Nr. 335.

Erscheint täglich früh 1 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel. Nummern 10 Pfge.

Auflage 32000 Expl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme exclusiv: Haasenstein und Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Fr. Vogler in Chemnitz. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Sonnabend, den 1. December.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr.
Börsenbericht und Fremdenliste.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantw. Redacteur: Ernst Liepsch in Dresden.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Ab. 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Für Neustadt: große Meißnergasse 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Posteinzahlung. Acht Zeilen kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

XXII. Jahrgang.

Mitredacteur: Dr. Emil Bierey.
Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann.

Dresden, 1877.

Politisches.

Minister Camphausen hat dieser Tage bei einem parlamentarischen Diner einigen Abgeordneten gegenüber der Hoffnung Ausdruck verliehen: es werde schneller, als man allgemein glaube, auf irgend eine Weise mit Oesterreich eine Verständigung über Abschluß, resp. Verlängerung des Zoll- und Handelsvertrages erzielt werden. Zur Zeit läßt sich noch nicht erkennen, wie weit diese Hoffnung begründet ist. Seltsam wäre es, wenn Deutschland, das sich von der russischen Zollpolitik das Aergste gefallen läßt, sich von besonderer Empfindlichkeit gegen Oesterreich, mit dem es die innigsten und weitverzweigtesten Handelsbeziehungen unterhält, erfüllt zeigte. Wenn Oesterreich mäßige Schutzzölle in Zukunft erhebt, so braucht deshalb noch kein frischer, fröhlicher Zollkrieg zwischen ihm und uns zu entbrennen. Gewinnt doch die Anschauung, daß mäßige Schutzzölle einem jeden Lande heilsam, der einseitige Freihandel aber von Grund aus verderblich, auch in den Kreisen der Freihändler immer mehr Boden. In dieser Richtung ist eine Rede höchst beachtlich, welche vor Kurzem der Hamburger Senator Godeffroy über diesen Stoff gehalten hat, beachtlich nicht blos wegen der ausgezeichneten Stellung dieses Mannes, sondern namentlich weil sie zeigt, daß selbst in Hamburg, dieser festen Burg der Freihandelspartei, ein radikaler Umschwung sich anbahnt. Skizziren wir kurz den Gedankengang dieser Rede. Eine Welt ohne alle Zölle, ohne Zollgrenzen, wäre das Eldorado, aber es ist nur ein Phantom, denn kein Staat kann die indirecten Steuern entbehren. Diese aber werden an den Grenzen erhoben. England ist das einzige Land, das den Versuch des größtmöglichen Freihandels gemacht hat, indem es nur von Verzehrungsgegenständen an seinen Grenzen Zölle erhebt. Aber obwohl England in Folge seiner Capitalmacht, Lage, Klima, geognostischen Verhältnisse und Vergangenheit ganz besonders günstige Bedingungen für die denkbar höchste Entwickelung seiner Industrie besitzt, dringt man in England jetzt bereits wieder auf Beseitigung des Freihandelssystems. Seitdem nämlich Amerika eine eigene Industrie durch Schutzzölle großgezogen, führt es billigere und bessere Calicos, Eisenwaaren, Uhren, Leder, Ackergeräthe, Pianos und andere Artikel zollfrei in England ein und macht der englischen Industrie die empfindlichste Concurrenz.

Deutschland aber wird, weil es ausländischen Industrie-Erzeugnissen nur sehr mäßige oder gar keine Zölle entgegenstellt, vom Auslande als der Stapelplatz des Ueberschusses seiner Production angesehen. Unsere Freihändler behaupten nun: das sei gerade ein Vortheil, denn der Consument könne dann billiger kaufen. Nun wohlan, wenn man auch das wollene Frauenkleid um 30 Pfennige, das Kattunkleid um 12 Pfennige, eine Pflugschar um etliche Pfennige billiger kauft, weil unsereren Webern, Spinnern und Eisenwerken die Engländer Concurrenz machen, sieht man denn nicht, daß wir viele Millionen an Arbeitslöhnen ins Ausland senden, die richtiger unseren braven Arbeitern zufließen und ihnen Brod und Verdienst schaffen sollten?

Wenn man weiß, daß die Detaillisten sich mit so kleinen Bruchtheilen gar nicht aufhalten, daß deren Preise trotz billigerer Conjunctur wenig variiren, daß Fleisch und Brod durch Befreiung von der Abgabe der Schlacht- und Mahlsteuer nicht billiger wurden, daß man in einigen Städten und in einigen Straßen billiger kauft als in anderen, daß die kleineren Consumenten, und solche hat man doch zweifellos vorzugsweise im Auge, durch Credit und manche andere Rücksichten an ihre Lieferanten gebunden sind und die bei denselben üblichen Preise bezahlen müssen, so wird man zugeben, daß das Argument der humanen Rücksicht auf den wirklichen Consumenten beim Freihandel eitel Wind ist und auf thönernen Füßen ruht, ganz abgesehen davon, daß immer nur von Vertheuerung der Erzeugnisse der Industrie die Rede ist, während die recht erklecklichen Zölle und Abgaben auf Lebens-Bedürfnisse, wie Kaffee, Zucker, Bier, Salz, Wein ꝛc., weil wir die Einnahme nicht entbehren können, selbst von den extremsten Freihändlern jetzt nicht demängelt werden. Das Salz, der Kaffee und tutti quanti, sie dürfen dem Consumenten wirklich bedeutend vertheuert werden, aber die Jacke oder Hose, der Spaten und die Hacke scheinbar auch nicht um einen Pfennig? Wenn der auswärtige Industrielle nur zum Kostenpreise, ja selbst mit Aufopferung eines Theiles seiner General-Unkosten, also unter Kostenpreis in Deutschland verkauft, wie solches jetzt factisch geschieht, so macht er immer noch ein gutes Geschäft, indem er die General-Unkosten auf das im Inlande verkaufte Quantum um so viel verringert. Jeder Kaufmann läßt etwas im Preise nach, sobald er hört, daß die zu verkaufende Waare für das Ausland bestimmt ist.

Unseren deutschen Fabrikanten starren überall hohe Zölle entgegen, welche sie in erster Linie zu entrichten haben, um ihre Erzeugnisse außerhalb Deutschlands an den Markt zu bringen. Ist dies ein Deutschlands würdiger Zustand? Ist es zu billigen, daß wir uns einfach vom Auslande ausbeuten lassen und uns einbilden, daß dabei unsere Handels-Bilanz ein günstiges Resultat zeigt und der Wohlstand im Lande sich hebt? Verstehen denn die Staatsmänner und Volkswirthe Oesterreichs, Rußlands, Amerikas, Frankreichs, Italiens u. s. w., welche sämmtlich einem rationellen Einfuhr-Zoll-System huldigen, alle von dem Interesse ihrer Länder Nichts? Daß unsere Industrie nicht prosperirt, sondern zurückgeht, wird allseitig zugegeben. Verdient wird Nichts, sehr viele Werke arbeiten mit Schaden, der Fabrikherr ist seiner Existenz wegen gezwungen, auf die Löhne der Arbeiter zu drücken, die Einnahme des Individuums nimmt ab, alle Eisenbahnen, Grundeigenthümer, Detaillisten, der Fiscus, sie alle empfinden diese Verdienstlosigkeit, während, wenn es der Industrie wohl geht, die Verdienste und reichlichen Tagelöhne sofort einen wohlthätigen Einfluß, der allen Schichten der Bevölkerung zu Gute kommt, fühlbar machen. Es ist doch wohl für Deutschland verdienstlicher und vortheilhafter, die Tagelöhne im eigenen Lande auszugeben, statt an das Ausland zu zahlen für eingeführte industrielle Erzeugnisse. Lohnende Beschäftigung im Inlande verbreitet Wohlstand in allen Kreisen, der der Allgemeinheit viel mehr zu Gute kommt, als die Früchte der Theorien des extremen Freihandels, selbst wenn deren Anwendung das wollene Kleid um 30 Pfennige verbilligen sollte. Was nützt billiger kaufen zu können, wenn die Mittel zum Kaufen fehlen?

Locales und Sächsisches.

— Landtag. Die 2. Kr. bewilligte gestern dem Kriegsministerium den Restbedarf zur Verlegung der Dresdner Militär-Etablissements in Höhe von 1,745,564 Mk. Die Gesammtkosten belaufen sich auf 18,500,563 Mk. Das Kriegsministerium bittet ihm obigen Rest voll, d. h. ohne Abzug des voraussichtlichen Minderbedarfs von 64,713 Mk. zur Verfügung zu stellen, der als eine Reserve für etwa sich noch als nothwendig herausstellende Ergänzungen betrachtet werden soll. Abg. Philipp wollte anfänglich nur 1,680,851 Mk. bewilligen. Ueber die Verwendung der 64,713 Mk. habe die Regierung noch keine Auskunft zu geben vermocht, und mit Rücksicht auf die gegenwärtige Finanzlage wollte er keinen Groschen bewilligen, wenn es sich nicht um dringende Culturzwecke handle. Nach kurzer Debatte, in welcher der Kriegsminister v. Fabrice erklärte, er werde über jenen Dispositionsfonds Rechenschaft ablegen, zog Abg. Philipp seinen Antrag zurück und die Kammer bewilligte gegen eine Stimme den vollen Restbedarf. Zu einer längeren Debatte führte der Antrag Freytag's auf Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für die Landtagswahlen. Die Abgg. Wönisch, als Referent, und v. Ehrenstein, als Correferent, schlugen der Kr. vor, den Antrag auf sich beruhen zu lassen. Abg. Wönisch erklärte das Wahlgesetz allerdings für reformbedürftig und deshalb sei auch der Antrag Freytag's von den liberalen Parteien nicht unsympathisch aufgenommen worden. Die sozialdemokratischen Ideen, denen durch den Antrag Freytag's Eingang in den Ständesaal geschafft werden solle, laufen unseren bisherigen sozialen und gewerblichen Verhältnissen, ja selbst unseren sittlichen Anschauungen schnurstracks entgegen. Es komme ihm vor, als stünden sich hier zwei feindliche Heere gegenüber, von denen das eine wohlverwahrt in einer Festung liege, die das andere im Sturm zu gewinnen trachtet; soll nun das erstere selbst dem Feinde die Thore öffnen? Das gleiche Wahlrecht erscheine nicht als beschränkt, wenn es von der Entrichtung wenigstens einer directen Steuer abhängig sei. Daß die Wählbarkeit an die Erfüllung des dreißigsten Lebensjahres geknüpft sei, entspreche vollständig unseren sächsischen Verhältnissen. In Sachsen sei die Erwerbung der Staatsangehörigkeit so leicht, daß man sich wundern müsse, warum sie Jemand, der sich für politische Angelegenheiten interessire, nicht erwerbe. Eine Reform der Wahlgesetzgebung halte er jetzt für unerreichbar, ein solcher Versuch würde gegenwärtig nur eine Demonstration sein, zu der man keine Zeit habe. Abg. v. Ehrenstein: Unsere heutige Staatsorganisation setze sich auch aus verschieden eingerichteten Kreisen mit verschiedenen Wahlsystemen zusammen. Je größer die der Kreise seien, desto weiter, allgemeiner sei das Wahlrecht in denselben, welches demnach auch im größten dieser Kreise, im Reiche selbst, am weitesten sei. Zu einer mathematischen Gleichheit komme man auch durch das allgemeine gleiche Wahlrecht nicht. Das Erforderniß der 3jährigen Staatsangehörigkeit zur Wählbarkeit sei nöthig, um die Scheinstaatsangehörigkeit auszuschließen, es sei nöthig, damit Niemand gewählt werde, der die Verhältnisse unseres Staates nicht kenne, es sei nöthig endlich, weil Eines nicht über Nacht erworben werden könne: die Liebe zum Vaterlande und zum Könige. Abg. Freytag: Er sei wieder einmal zu sehr Optimist gewesen, denn er hätte wenigstens geglaubt, daß sich die Majorität der Fortschrittspartei und der Nationalliberalen seinem Antrage anschließen würden. Die Begeisterung für Thalermänner als Wähler und Zehnthalermänner als Wählbare, begreife er nicht. Für den Reichstag gelte der Census nicht; Leute, die befähigt seien, sich an den Reichstagsarbeiten zu betheiligen, würden auch für mündig und fähig genug erachtet werden können, sich an den Arbeiten des sächsischen Landtags zu betheiligen, die von viel geringerer Bedeutung seien als die des Reichstags. Die Steuern, welche man an den Staat bezahle, seien das Entgeld für den gewährten Schutz, eine höhere Steuer gebe aber Niemand ein größeres Recht an den Staat. Hier handle es sich einmal um eine gute Einrichtung, die er vom Reiche auf den Einzelstaat übertragen wissen wolle; warum werde denn da liberalerseits gegen seinen Antrag opponirt? Man solle die Sozialdemokraten doch nicht für so dumm halten, daß man ihnen zutraue, sie wollen die soziale Frage im sächsischen Landtage lösen. Abg. Dr. Stephani führt aus, daß zwar unser Wahlgesetz reformbedürftig sei, daß es aber für Sachsen gegenwärtig weder nothwendig noch erlaubt sei, schon heute dem Wahlrechte für den Landtag die beantragte Ausdehnung zu geben. Abg. Roth legt dar, daß wir mit unserem Census fast mitten im allgemeinen Wahlrechte stehen. Abg. Kirpach findet in dem Antrage Freytag nur eine Etappe der Sozialdemokratie zu weiteren Zielen. Er selbst sei ein alter 1848er und er habe an jener Zeit schwer genug zu tragen gehabt; allein, bei dem entsetzlichen Mißbrauche, welcher mit dem allgemeinen gleichen Wahlrechte in Frankreich und Amerika getrieben werde, sehe er nicht ein, warum man auch bei uns tabula rasa machen wolle. Nachdem noch der Correferent und der Referent gesprochen, läßt die Kr. den Antrag Freytag auf sich beruhen. — Die 1. Kr. erledigte drei auf die Einführung der Reichsjustizgesetzgebung bezügliche Gesetze. Darüber morgen.

— Während bei den vorjährigen Stadtverordneten-Wahlen die Liste der Bezirksvereine vollständig durchging, sind diesmal von der Bürgerschaft eine Anzahl Gegencandidaten durchgebracht worden. Allerdings entsprach die Bezirksvereinsliste nur in geringem Grade gerechten Anforderungen. Es waren darin zu viel Lehrer und zu viel ausgesprochene Parteimänner der nationalliberalen Richtung; der Gewerbestand war nur stiefmütterlich bedacht. Auch erhöhte Das, was in die Oeffentlichkeit über die Aufstellung dieser Liste gedrungen war, nicht sonderlich das Vertrauen. Von den Gegenlisten darf sich indessen nur die der „Unabhängigen Bürger" des Erfolges rühmen. Man bezeichnete dieselbe fast immer als die der Socialdemokraten. Doch mit Unrecht. Wohl waren bei ihrer Aufstellung ausgesprochene socialdemokratische Elemente thätig; aber die Mehrheit der Wähler, die sich dieser Liste bedienten, waren sog. Kleinbürger, kleinere Meister und Handwerker, welche genau wissen, was sie von der Socialdemokratie scheidet. Einen Beweis hierfür liefert der Umstand, daß die Seele der ganzen diesmaligen Wahlagitation, der Dir. Klemich, ein ausgesprochener Sozialdemokrat, nicht gewählt wurde. Vielmehr fand sich sein Name auf vielen Stimmzetteln, die sonst die ganze Liste der „Unabhängigen" enthielten, einzig und allein ausgestrichen vor. Will man nicht annehmen, daß ihn seine eigene Partei undankbar fallen ließ, so bleibt nur die Erklärung, daß es nicht hauptsächlich Sozialdemokraten waren, die die Liste der „Unabhängigen" abgaben. Auch sind Männer wie der wohlbabende Ziegelmeister Sonntag, Dr. Zumpe, Ingenieur Pieper u. A. keine Sozialdemokraten. Die mannigfachen Beschwerden der Bürgerschaft, wie über die Hundesperre und die beabsichtigte Erhöhung der Hundesteuer, die der Reiche nicht fühlt, die den Armen aber drückt, haben der Opposition wesentliche Dienste geleistet. — Die offizielle Zusammenstellung der Stimmenzahl erfolgt erst heute Morgen. Voraussichtlich werden folgende Herren die meisten Stimmen haben: Angesessene: Schmiedemeister Wolfframm, Klempnermeister Waldmann, Baumeister Strunz, Tischler Friedrich, Chemiker Lichtenberger, Schulrath Berthold, Privatus Friedrich, Riemermeister Gottschall, Advokat Damm, Privatus Sonntag, Wagenfabrikant Marx, Schlossermstr. Raschke, Dr. med. Zumpe, Töpfermeister Eisenach, Photograph Hofmann, Blumenfabrikant Koch, Rev. F. Lehmann. Von den Unangesessenen: Kaufmann Daußz, Apotheker Franz, Kaufmann Henke, kgl. Bibliothekar Schnorr von Carolsfeld, Priv. Linnemann, Schneider Fischner, Drechsler Seiffarth, Secretär Hertwig, Kaufmann Jäger, Professor Richter, Ingenieur Pieper, Korbmacher Westphal, Schuldirektor Heger, Architekt Becker ꝛc.

— Se. Excellenz der Hausmarschall Graf Vitzthum von Eckstädt hat am Dienstag die Erbschaft J. Maj. der Königin aus dem Nachlasse ihres Vaters, des Prinzen Wasa, von Wien nach Dresden überführt. Dieser Nachlaß, zum großen Theil in kostbaren Möbeln, Gemälden und Büchern bestehend, wurde vom Böhmischen Bahnhofe mittelst zweier Wagenladungen ins Kgl. Schloß transportirt.

— Seit die Dampffähre wegen Fertigstellung der Albertbrücke ihren Dienst zwischen der Glacis- und Bopperwerkstraße nothgedrungen für immer einstellen mußte, hat sich an den z. Z. noch nicht vollendeten Quaibauten des linken Elbufers eine so lebhafte Thätigkeit entfaltet, wie man wohl selten wieder zu sehen bekommen wird. Es handelt sich darum, noch vor Einbruch des Winters jenen kurzen Tract der Quaimauern aufzuführen, wo noch bis zum 23. November die linksufrige Anfahrtsrampe der Dampffähre sich befand. Nachdem vorgestern Abend schon die kgl. Wasserbauinspection in einer Tiefe von 16 Fuß unter der dortigen Uferfohle die 5 Fuß breiten Grundmauern hat einsetzen lassen, sieht die Fertigstellung des ganzen großen Quaibaues, der von der Augustusbrücke bis nahe an Antons oberhalb der Albertbrücke reicht, bis Ende der kommenden Woche zu hoffen. Von besonderem Interesse bei dieser Bauthätigkeit sind die Manipulationen, welche man anwendet, um die nunmehr in der Elbe stehen gebliebenen Palisadenpfähle von der ehemaligen Befestigung Dresdens auszuziehen, und sodann die Vorrichtung, mittelst welcher man das aus dem Strome massenhaft zuströmende Wasser entfernt.

— Aus der vorliegenden Uebersicht über die bei den 168 Sparkassen Sachsens im October 1877 erfolgten Ein- und Rückzahlungen geht hervor, daß der Bedarf größer war als die Möglichkeit, beziehentlich wohl auch die Lust zum Sparen. Es wurden aus den gesammten Kassen in Summa 6,023,457 Mark zurückgeholt und neue 5,971,005 Mk. eingezahlt. Doch wechselt das Verhältniß bezüglich der Ein- und Rückzahlungen fast allmonatlich; während der Wintermonate wird in Summa fast regelmäßig mehr zurückgeholt, als eingelegt, ein Umstand, der sich durch den erhöhten Bedarf, den die Winterzeit mit sich bringt, und die verringerte Arbeit in vielen Klassen der Bevölkerung leicht erklärt. Trotzdem ist in den mit October abgeschlossenen 10 Monaten dieses Jahres mehr eingelegt als zurückgenommen worden, denn im Ganzen betrugen die Einlagen 64,616,197 Mk. und die Rückzahlungen nur 63,050,947 Mk.

— Unser Nachbarland Böhmen leidet empfindlich unter der sich immer mehr ausbreitenden Rinderpest. Anläßlich des Ausbruches der Rinderpest in Rzedhoicht bei Raudnitz sind aus Prag 300 Mann Infanterie zur Absperrung der verseuchten Gegend abgegangen. Die Absperrung sollte im Umfange von drei Meilen erfolgen. Mittlerweile ist die Seuche auch im Orte Doran ausgebrochen. Der Cordon mußte deshalb erweitert werden.

— Das Bureau des pharmaceutischen Kreisvereins Leipzig für Untersuchung von Nahrungsmitteln und für hygienische Zwecke hat im November v. J. eine Preisaufgabe ausgeschrieben, welche die Ermittelung eines sicheren Verfahrens zur Untersuchung der Butter, namentlich auf fremde Fette, zum Zwecke hatte. Es waren 6 Arbeiten eingegangen: 2 aus Deutschland, 1 aus Oesterreich, 1 aus Italien und 2 aus England. Die preiswürdigste Arbeit war eine der englischen und ihr Verfasser Herr Otto Hehner in London, Public Analyst für die Insel Wight.

— Am 24. d. M. wurde in Gegenwart des Hrn. Kreishauptmann v. Einsiedel und unter Vorsitz des Herrn Amtshauptmann Berndt eine Bezirksversammlung der hiesigen Amtshauptmannschaft abgehalten, welche von der größten Mehrzahl der Mitglieder besucht war. Auf Grund der Tagesordnung wurde zu Punkt 1 die Ausloosung derjenigen Mitglieder bewirkt, welche mit Schluß des jetzigen Jahres auszuscheiden haben. Das Loos des Ausscheidens traf a) von den ländlichen Abgeordneten: die Herren Vogel-Pieschen, Weinert-Röhrsdorf, Lahr-Boyritz, Meurer-Blasewitz, Gerauer-Gostritz, Krülle-Löbtau, Berger-Langebrück, Müllenum-Potschappel, Müller-Deuben, Philipp-Hintergersdorf und Vellmann-Somsdorf; verstorben ist aus dieser Kategorie Herr Häßler-Hainsberg; b) die städtischen Abgeordneten: Herr Bürgermeister Rumpelt-Radeberg und Herr Bürgermeister Ruffini-Tharandt; c) von den Höchstbesteuerten: die Herren Forstrentamtmann Hauptmann Garten-Dresden, Bartelds-Blasewitz, von Meßsch-Oberlößnitz, Wienert-Plauen und v. Seydewitz-Braunsdorf; erledigt hat sich in der letzteren Kategorie das Mandat des Herrn v. Samtersleben-Loschwitz durch Verlegung des wesentlichen Aufenthalts desselben nach Dresden. Die Ergänzungswahlen werden alsbald eingeleitet. Zu Punkt 2 der Tagesordnung wurden sodann als außerordentliche Ersatzmitglieder der Militär-Ersatz-Commissionen auf die Jahre 1878 bis mit 1880 gewählt, und zwar für den Aushebungsbezirk Dresden-Land die Herren Barth-Radebeul, Kietzig-Eisenberg, Großmann-Seifersdorf, Frhr. v. Kap-herr-Proßlis als ständige, König-Radeberg, Zenpisch-Boyritz, Vogel-Pieschen und Reiche-Briesnitz als stellvertretende; für den Aushebungsbezirk Tharandt die Herren Rüster-Niederhermsdorf, Baron von Seydewitz-Braunsdorf, Wachwitz-Tharandt und Ullrich-Tharandt als ständige und Lommatzsch-Tharandt, Werdig-Eckersdorf, Philipp-Hintergersdorf und Hähnel daselbst als stellvertretende Mitglieder. Punkt 3 der Tagesordnung betraf die Wahl von Taxatoren für die Abnahmecommission im Pferdeaushebungsbezirk Dresden-Land, und ernannte der Bezirkstag hierzu für die kommenden 6 Jahre die Herren Lieutenant Wolde auf Klingenberg, Kämpe-Dölschen und Jul. Berger-Niederhermsdorf als ordentliche Taxatoren und die Herren Lieutenant Cuny auf Opitz, Fiedler-Plauen und Triemer-Niederpoßlich als Stellvertreter. Zu Punkt 4 der Tagesordnung, die Gebahrung mit dem Fond zur Unterstützung der Reservisten und Landwehrleute und die Rechnungsführung über diesen Fond betr., ertheilte die Bezirksversammlung der Amtshauptmannschaft und beziehentlich dem Bezirksausschusse Ermächtigung zur Gestundung resp. zum Erlasse von Zinsen ꝛc. und beschloß die Kündigung und Einziehung der außenstehenden Kapitalien, soweit letzteres